

■ Internationale Türkei-Konferenz in Tutzing

Selbstbewusste Türkei – Null Probleme?

Eine Bestandsaufnahme der modernen Türkei

Veranstalter: Südosteuropa-Gesellschaft / Evangelische Akademie Tutzing
Tutzing, 17.-19. Mai 2015

Bericht von Reiner Möckelmann, Berlin

□ Gut ein Jahr nachdem die türkische Innen-, Sozial- und Außenpolitik in den Südosteuropa Mitteilungen 1/2014 einen Schwerpunkt bildete, stand – drei Wochen vor den wichtigen türkischen Parlamentswahlen am 7. Juni 2015 – die türkische Innen-, Wirtschafts-, Außen- und EU-Politik erneut im Mittelpunkt einer zweitägigen Bestandsaufnahme in der Evangelischen Akademie Tutzing. Ausgesprochen oder unausgesprochen sahen alle die anstehenden Wahlen in Referaten und Panels der Türkei-Experten aus Wissenschaft, Politik und Medien sowie in der Diskussion mit den zahlreich vertretenen interessierten Teilnehmern als Lackmus-Test für die türkische Demokratie: Würde die Adalet ve Kalkinma Partisi (AKP) ihrem Vorsitzenden, Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan, als Ergebnis der Wahlen den angestrebten Regimewechsel zu einem legalisierten autoritären Präsidialsystem ermöglichen oder würde die pro-kurdische Halkların Demokratik Partisi (HDP) die dafür benötigte verfassungsändernde Mehrheit durch Überspringen der 10 %-Hürde verhindern können?

Die Vorwahlstimmung in der Türkei, so *Senada Sokullu* (Türkische Redaktion, Deutsche Welle, Istanbul) im einleitenden Panel zur Zukunft der Türkei, sei geprägt von Selbstbewusstsein angesichts einer über Jahre boomenden Wirtschaft, niedriger Auslandsschulden und der Bedeutung der Türkei als Energiedrehscheibe. Hoffnungsvoll für die demokratische Entwicklung sei, dass die HDP den Geist der Gezi Park-Bewegung übernommen habe. Sie bündele mit einem charismatischen Führer den über ethnische, kulturelle und religiöse Grenzen hinausgehenden Bürgerprotest gegen das autoritäre Erdoğan-Regime in einer Partei und lasse auf ein Wiedererstarken der Demokratie hoffen. Dagegen prognostizierte *Udo Steinbach* (Humboldt-Viadrina School of Governance, Berlin, ehem. Direktor des Deutschen Orient-Instituts, Hamburg) größere innenpolitische Spannungen angesichts der offen von der AKP vertretenen Position, den sunnitischen Islam als Teil der türkischen Identität durchzusetzen. Auch die „Neue Türkei“ Erdoğan's mit ihrem

ehrzeigigen „Projekt 2023“, zehnstärkste Wirtschafts- sowie Regionalmacht zu werden, spreche für eine Fortsetzung des im Jahr 2011 begonnenen Weges der Türkei in die Autokratie.

Die bevorstehenden Parlamentswahlen sah *Michelle Müntefering* (Vorsitzende der Deutsch-Türkischen Parlamentariergruppe, Deutscher Bundestag) wegen der von Erdoğan angestrebten Verfassungsänderung als Richtungswahl. Die Generation Erdoğan gehe zur Wahl und entscheide mit, ob die Türkei sich weiter von den Grundwerten der Rechtsstaatlichkeit, von Meinungs- und Pressefreiheit entferne. Hierbei sei aber nicht nur der türkische Wähler, sondern auch die EU-Kommission gefordert, so *Eckart Cuntz* (ehem. Deutscher Botschafter in Ankara). In den Beitrittsverhandlungen gehöre endlich das von der Republik Zypern blockierte Kapitel 23 (Judikative und Grundwerte) geöffnet. Nach den Enttäuschungen vergangener Jahre sei der EU-Beitrittsprozess wieder für mehr als die Hälfte der türkischen Bevölkerung wichtig geworden. Die Türkei bedeute für die EU nach wie vor einen strategischen Stabilitätsanker im Südosten. Verhandlungen der Regierung mit Kurden und Armeniern stimmten hoffnungsvoll, ebenso wie das türkische Modell als Motor für Reformen im arabischen Raum.

Übereinstimmend schrieben die Experten in ihren Referaten die Wahlerfolge der AKP in der Ära Erdoğan – zuletzt den Erfolg der AKP in den Kommunalwahlen im Frühjahr sowie den ihres Parteiführers in den Präsidentschaftswahlen im Sommer 2014 – weitgehend dem türkischen Wirtschaftswachstum und der gestiegenen Lebenszufriedenheit einer breiteren Bevölkerung zu. *Gerald Knaus* (Vorsitzender der ‚European Stability Initiative‘, Istanbul) verwies in seinem Referat auf Faktoren wie eine deutlich verbesserte Gesundheitsfürsorge, höhere Löhne und Renten, bessere Wohnungen, Infrastruktur und Sicherheit sowie einen verstärkten Zugang der Bevölkerung zum öffentlichen Sektor, welche sich insgesamt positiv auf die Zufriedenheit auswirkten (vgl. OECD better life index).

Am Beispiel der zentralanatolischen Stadt Kayseri, dem traditionsbestimmten Zentrum der „islamischen Calvinisten“ und Hochburg der AKP, beschrieb Knaus die „anatolischen Tiger“, eine aktive mittelständische Unternehmerschaft. Diese sehe keinen Widerspruch zwischen Wirtschaft und Koran. Geschäftstüchtigkeit und Frömmigkeit verstärkten sich. Harte Arbeit, große Nüchternheit und Verzicht auf die Zurschaustellung von Reichtum, die Max Weber den Calvinisten als Tugenden zuschrieb, kennzeichne die Geschäftsleute in Kayseri. Sie widerlegten, dass der Islam eine fatalistische Religion sei und nur zu einer Handelsökonomie, nicht aber zu einer produzierenden Ökonomie taue. Das Experiment von Kayseri könne weit reichende Konsequenzen haben und möglicherweise eine Anregung für andere islamische Länder sein, ohne dass allerdings an eine einfache Übertragung gedacht werden könne.

Angesichts der sichtbaren Erfolge einer neoliberalen türkischen Wirtschaftspolitik dürften indessen, so der Referent und die Diskutanten, nicht die Grenzen des Wachstums in der Türkei übersehen werden: Mangel an Arbeitsplätzen für eine zunehmend besser ausgebildete Jugend sowie eine hohe private bei gleichzeitig geringer öffentlicher Verschuldung, wobei letztere die politische Bereitschaft zum Wandel begrenze. Ferner wurden Wettbewerbsschwächen, zunehmende Inflation, niedrige Sparquoten, ungleiche Wohlstandsverteilung, wirtschaftsschädigende Kriminalität, unzureichende Beschäftigung von Frauen, Korruption und Klientelismus, ergänzt durch eine politische Justiz mit Eingriffen in die Wirtschaft, genannt. Auch könnte eine junge Bevölkerung mit schnellem Wandel ihrer Werte und hohen Erwartungen angesichts einer alten politischen Elite zunehmend zu sozialen Spannungen führen. Mit Skepsis wurde folglich das ehrgeizige „Projekt 2023“ der türkischen Regierung betrachtet, zum 100. Gründungsjubiläum der Republik zu den zehn größten Volkswirtschaften der Welt zu zählen.

Auf die Grenzen eines exportgestützten Wirtschaftswachstums ging *Erdal Yalçın* (Ifo-Institut München) in seinem Referat ein. Angesichts der handelsmäßig engen Verflechtung mit den EU-Mitgliedstaaten untersuchte er die zukünftigen Herausforderungen der Türkei durch ein transatlantisches Handels- und Investitionsabkommen (TTIP). Jedes neue Freihandelsabkommen der EU zwingt die Türkei aufgrund der Zollunion zur Öffnung des Heimatmarktes. Der Abbau von tarifären und nicht-tarifären Handelshemmnissen durch TTIP bedeute Wachstumsverluste und würde zudem ein politisch-institutionelles Problem u.a. wegen erforderlicher Ursprungsnachweise für Exporte türkischer Zwischen-güter in die EU darstellen. Lösungen böten eine EU-Mitgliedschaft der Türkei oder der Verzicht auf die Zollunion zugunsten eines Freihandelsabkommens mit der EU. Wenn allerdings die Zollunion auf den Agrar- und Dienstleistungssektor erweitert würde, wären Wachstumseinbußen im Export möglicherweise vermeidbar und könnte langfristig mehr Handel erreicht werden. Widerstand der EU-Südländer setzten solchen Überlegungen indessen Grenzen. Yalçın forderte politische Anstrengungen zur weiteren wirtschaftlichen Integration der Türkei in die EU, um die politischen Beziehungen zu stabilisieren. Erdoğan's Zielvorgabe einer deutlichen Ausweitung des Handels mit den islamischen Ländern im „Projekt 2023“ sei hierbei nicht zu unterschätzen.

Bereits das Jahr 2014 brachte mit der Wahl Erdoğan's zum Staatspräsidenten einen tiefen Einschnitt in die politische Entwicklung der Türkei zu einem de facto Präsidialsystem, so *Günter Seufert* (Forschungsgruppe EU-Außenbeziehungen in der SWP, Berlin) in seinem Referat zur türkischen Innenpolitik. Als Garant der Verwirklichung des Volkswillens sei Erdoğan zum Programm der AKP geworden. Er verkörpere die von ihm so bezeichnete „Neue Türkei“, welche die politische Vormundschaft der alten säkularen Eliten der kemalistischen Republik überwunden habe. Die „Neue Türkei“ betrachte Erdoğan nicht nur als kulturell authentisch, sondern in der Durchsetzung des Willens der konservativen Mehrheit auch als demokratisch. Seufert sah unter Erdoğan einen langfristigen Prozess zum Abschluss kommen, mit dem die konservative und religiös gebundene Mehrheit der Bevölkerung zwischen 2005 und 2011 – ebenso wie in jüngerer Zeit die Kurden – schrittweise in die politischen Entscheidungsprozesse integriert wurden.

Die Vormundschaft des von ihm mittlerweile entmachteten Militärs ersetze Erdoğan durch eine phantasierte Einmischung ausländischer Mächte und gebe vor, so Seufert, die Demokratie gegen Agenten des Auslands, die Hizmet-Bewegung von Fethullah Gülen eingeschlossen, zu verteidigen. Nach mehreren Säuberungswellen kontrolliere die Regierung Bürokratie und Justiz, setze die Presse einem ständigen Druck aus, suche keinen Dialog mit dem politischen Gegner und regiere ohne Rücksicht auf die Zivilgesellschaft. Hatte Erdoğan über drei Legislaturperioden mit Konkurrenz aus dem Parlament zu rechnen, so unterliege er als Präsident nicht mehr den Parteigremien der AKP, die sich zu seinen Gunsten entmachten ließen. Nach den jüngsten Parlamentswahlen müsse laut Parteistatuten rund ein Viertel überwiegend einflussreicher AKP-Politiker das Mandat niederlegen. Berater und Kabinettsmitglieder aus ihren Reihen ersetze Erdoğan durch oft parteiunabhängige und direkt von ihm abhängige Vertraute. Er instrumentalisieren Demokratie und Islam mit dem Ziel, die Türkei in einen autoritären Staat umzuformen.

Als Symbol eines zivilgesellschaftlichen Widerstandes gegen das Regierungssystem Erdoğan sei der Bürgerprotest gegen die Bebauungspläne des Gezi Parks im Mai 2013 und die Ausweitung der Proteste auf verschiedene Städte zu werten. Wenig sei hingegen von dieser alle Gesellschaftsschichten und Altersgruppen übergreifenden Bewegung geblieben, stellte *Senada Sokullu* in ihrem Referat fest: Die Anhänger seien angesichts

der nahezu 100 Prozesse gegen Teilnehmer bei lediglich zwei Missbrauchsprozessen gegen Polizeibeamte total frustriert. Sie hätten die Zensurschere im Kopf und verfügten über kein Sprachrohr. Enttäuscht zeigten sie sich andererseits über das Verhalten der EU in den Beitrittsverhandlungen, über anti-islamische Ressentiments und die restriktive Aufnahme von Flüchtlingen in den EU-Staaten. Für die Türkei sei es schwer und es wirke traumatisierend, die Probleme mit den zahllosen syrischen Flüchtlingen allein lösen zu müssen. Dennoch sei mit den Bürgerprotesten von 2013 ein neues Selbstbewusstsein gewachsen, das sich aktuell in der großen Zahl von Freiwilligen zeige, die sich zur Beobachtung der Parlamentswahlen meldeten (Anm.: Rund 70.000 freiwillige Beobachter von „Oy ve Ötesi“ / "Wählen und mehr", einer Organisation, die im Wesentlichen von der Gezi-Bewegung getragen wird, meldeten sich zum Einsatz). Wesentliches Motiv der Beobachter sei es, früher übliche Unregelmäßigkeiten bei Wahl und Auszählung zu verhindern, welche die pro-kurdische HDP angesichts von Wahlprognosen im zweistelligen Bereich an der Sperrklausel scheitern lassen könnten.

Weniger Kontinuität als einen deutlichen Wandel beschied *Kerem Öktem* (Zentrum für Südosteuropa-Studien, Universität Graz) der türkischen Außenpolitik der letzten Jahre. Sie sei fragmentiert, in einer Krise und in dieser Form nicht mehr lange aufrecht zu erhalten. Das Risiko ihres Scheiterns sei wegen hoher Erwartungen in den sunnitisch-arabischen Ländern groß. Der Erfinder der „Null Probleme mit den Nachbarn-Politik“, Ministerpräsident Ahmet Davutoğlu, müsse schon jetzt erkennen, dass es der Regierung nicht gelungen sei, um die Türkei herum eine Peripherie des Friedens zu schaffen, die keine Krisenherde mehr erzeugt. Im Nahen Osten sei die Türkei als ordnungsgebende Kraft gescheitert. Die erwünschte Rolle eines islamischen Patronatsstaats sei zu der eines externen Akteurs geschrumpft. Nachdem auch in den zentralasiatischen und kaukasischen turksprachigen Staaten die Gefolgschaft ausblieb, konzentriere die Regierung ihr neo-osmanisches Projekt einer sunnitisch-islamischen Identität jetzt auf den Balkan, namentlich auf Bosnien, den Kosovo und Mazedonien. Mit der Förderung von Kulturinstituten und religiösen Einrichtungen betreibe sie eine ‚Soft power-Politik‘. Mit Entwicklungsprojekten bemühe sie sich, auch afrikanisch-islamische Staaten für ihre Sache zu gewinnen.

Ihre These, dass die Außenpolitik der türkischen Regierung mit ihrem Ziel, bis zum Jahr 2023 eine regionale oder sogar globale Führungsmacht zu werden, weniger von imperialem als neo-osmanischem Denken bestimmt sei, erläuterte *Gülistan Gürbey* (Fachbereich Politik und Sozialwissenschaften, FU Berlin) am Beispiel einzelner Länder. Schlüsselland sei seit den gegenseitigen Staatsbesuchen im Jahr 2004/2005 Syrien gewesen. Das langjährig gespannte Verhältnis wurde durch eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit abgelöst, und die militärische Kooperation reichte bis zu gemeinsamen Militärmanövern. Der syrische Bürgerkrieg mit den großen Flüchtlingsströmen in die Türkei und die türkische Unterstützung islamistischer Gegenkräfte in Syrien beendete die erfolgreiche Nachbarschaftspolitik. Eine Achse mit den Muslimbrüdern in Ägypten sollte der Regierung in Ankara als Sprungbrett zur Anbindung weiterer islamischer Staaten dienen. Mit der Nachfolgerregierung in Kairo, aus Sicht Erdoğan's ein Terrorregime, brach diese Erwartung zusammen. Parallel zur neo-osmanisch orientierten, bestimme eine pragmatische Außenpolitik die Beziehungen der Türkei zu Israel, Saudi-Arabien und dem Iran, so die Diskussion. Hohe Wachstumsraten im Außenhandel mit Israel, das Anti-Assad-Bündnis mit Saudi-Arabien und das Projekt einer transanatolischen Erdgaspipeline mit dem Iran bestätigten den Charakter einer fragmentierten türkischen Außenpolitik.

Die enge Verzahnung von türkischer Innen- und Außenpolitik verdeutlichte *Martin Weiss* (ehem. Außenpolitischer Referent im Bundestag, Berlin) am Beispiel der Kurden-Frage. Der jahrelange Krieg mit der PKK habe gezeigt, dass Autonomie-Bestrebungen der Kurden in der Türkei stets

als Separatismus gewertet und massiv bekämpft wurden. Eine Abspaltung Irakisch-Kurdistans vom Irak betrachte die politische Führung in Ankara als „*casus belli*“, während ein Kurdistan innerhalb des irakischen Staates seit längerem akzeptiert werde. Die kurdische Regierung in Erbil denke andererseits nicht daran, sich vom Irak abzuspalten oder secessionistische Bestrebungen von Kurden in Nachbarländern zu fördern. Türkische Militärpräsenz im Nordirak werde dort geduldet, zumal Ankara ebenso wie Erbil an einer Schwächung der PKK interessiert seien. Wirtschaftliche Interessen führten zu einer weiteren Entspannung Irakisch-Kurdistans mit der Türkei. Dagegen habe die zögerliche Haltung der Türkei beim Kampf der irakischen Kurden gegen den „Islamischen Staat“ (IS) im syrischen, grenznahen Kobane Anlass zur Beunruhigung gegeben. Als bestimmende Kraft in den von Kurden kontrollierten Gebieten Syriens stehe der syrische Arm der PKK, die Partei der Demokratischen Union (PYK), auf der Seite der Anti-IS-Front, welcher sich mittlerweile auch die Türkei angeschlossen habe. Durch die Entwicklungen in Syrien und im Irak habe die PKK an Bedeutung gewonnen und ihren Anspruch auf eine Führungsrolle unter den Kurden gestärkt. Sie erwarte von Ankara Garantien für innenpolitische Reformen in Richtung Demokratisierung und Dezentralisierung, die über Zugeständnisse kultureller Art hinausgehen. Eine glaubwürdige Minderheitenpolitik der Türkei würde ein Hemmnis in den EU-Beitrittsverhandlungen beseitigen können.

Blockaden und Auswege im EU-Beitrittsprozess der Türkei aus deutscher Sicht erläuterte *Ludwig Schulz* (Deutsches Orient-Institut, Berlin) in seinem Referat. Der Charakter des EU-Integrationsprojekts sowie die Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik der EU stehe auf dem Prüfstand. Seit Beginn der Verhandlungen im Jahr 2005 sei Stillstand zu verzeichnen. Nur das Kapitel 25 (Wissenschaft und Forschung) konnte angesichts der Blockade der Republik Zypern bei acht und Frankreichs bei vier Kapiteln vorläufig geschlossen werden. Aktuell würden sich zehn EU-Mitgliedstaaten gegen einen Beitritt der Türkei aussprechen, 18 seien positiv oder indifferent eingestellt. Auswege böten sich in der Beendigung der Verhandlungen und der Einbindung der Türkei in die EU-Nachbarschaftspolitik oder eine Mittelmeerunion. Die Festigung der EU-Integration stehe laut Kommissionspräsident Juncker im Vordergrund. In den nächsten fünf Jahren sei auch angesichts der Demokratiedefizite und mangelnden sozio-ökonomischen Transformation in der Türkei nicht an eine Mitgliedschaft zu denken, die Zusammenarbeit in Sicherheits- und Flüchtlingsfragen indessen erforderlich.

Den türkischen Blick auf die EU-Beitrittsverhandlungen richtete *Hüseyin Bağcı* (Middle East Technical University, Ankara) in seinem dezidierten Beitrag. Das türkische Selbstverständnis habe sich in den letzten fünf Jahren in Richtung einer regionalen, unabhängigen Macht im globalen Kontext geändert. Die EU und ihre Mitgliedstaaten seien heute weniger wichtig als früher. Je mehr sich die Türkei wirtschaftlich und politisch stabilisiere, umso weniger Zeitdruck auf eine EU-Mitgliedschaft gebe es. Dagegen hätten die EU-Staaten wirtschaftliche Probleme, und die türkische Energieschiene sei für sie essenziell. Wenn die Kapitel 14 und 15 (Verkehrspolitik und Energie) in den Verhandlungen nicht bald geöffnet würden, werde die Türkei sich China und Japan zuwenden. Bei aller Kritik gegenüber der EU würde die türkische Regierung die Verhandlungen mit Brüssel dennoch nicht abbrechen, zumal das „Projekt 2023“ vorsehe, bis zum Jahr 2023 alle Beitrittskriterien zu erfüllen und ein einflussreicher EU-Mitgliedstaat zu werden.

In der Diskussion der Thesen von Bağcı wurde der fließende Übergang vom türkischen Selbstbewusstsein zu Überheblichkeit und – unter Hinweis auf die gigantomanischen Projekte der Regierung – zur Hybris angesprochen. Die wirtschafts-, außen- und sicherheitspolitische Bedeutung der Türkei für die EU wurde unterstrichen, gleichzeitig aber darauf verwiesen, dass in den letzten Jahren der Ära Erdoğan Zweifel an der Erfüllung der politischen Kriterien von Kopenhagen angebracht seien – namentlich der demokratischen und rechtsstaatlichen sowie

bei der Wahrung der Menschenrechte und beim Schutz von Minderheiten. Deshalb sei es im EU-Interesse, mehr noch als die Verhandlungskapitel Verkehr und Energie, diejenigen über Grundrechte sowie Justiz, Freiheit und Sicherheit zu öffnen.

Das Abschluss-Podium türkischstämmiger Politiker und Wissenschaftler widmete sich dem besonderen Verhältnis von Türken und Deutschen. Unbestritten war, dass es aufgrund der intensiven Verflechtungen zwischen Deutschland und der Türkei schwierig ist, klar zwischen Innen- und Außenpolitik zu trennen. Mit Blick auf die jüngsten Wahlkampfauftritte von Erdoğan und Davutoğlu in Deutschland verwies *Yaşar Aydın* (HafenCity Universität Hamburg) auf die türkische Politik einer Stärkung der türkischstämmigen Diaspora-Gesellschaft in Deutschland. Ansätze zum Erfolg sah er unter den 1,6 Millionen in Deutschland lebenden türkischen Staatsangehörigen in einer kollektiven Gruppenmentalität und einem hohen Organisationsgrad größerer Gruppen. Die Aufforderung türkischer Regierungsvertreter zur Integration der Landsleute in die deutsche Gesellschaft widerspreche nicht dem Ziel, türkische Interessen in Deutschland zu vertreten. Grenzen seien aber in der transnationalen Orientierung der Migranten zu sehen, die sich nicht auf die eine oder andere Gesellschaft und Kultur festlegen wollten, sondern sich beiden Kulturen und Nationen zugehörig fühlten.

Lale Akgün (ehem. MdB, Staatskanzlei des Landes NRW, Köln) bezeichnete die türkische Diaspora-Politik als gefährlich, weil die türkische Regierung mit einer fünften Kolonne in Deutschland Lobby für ihre Politik betreibe. Am Beispiel der in Deutschland lebenden Aleviten, die nur mit 10 % in alevitischen Organisationen vertreten seien, bezweifelte sie den von Aydın behaupteten hohen Organisationsgrad der Türken. Grundsätzlich wollten diese als Individuen und nicht als Gruppe eingeordnet werden. Den in Deutschland lebenden Türken oder türkischstämmigen Deutschen eine Brückenfunktion zwischen Deutschland und der Türkei zuzuschreiben, sei eine unsinnige politische Fiktion. Die türkischen Wurzeln zu betonen, könne nicht bedeuten, den Abstand zwischen den Ländern in politischen und gesellschaftlichen Fragen zu überbrücken. Als Fehlentscheidung betrachtete sie es, die Türken mit dauerhaftem Wohnsitz in Deutschland an Wahlen in der Türkei zu beteiligen.

Sein politischer Werdegang in Deutschland habe ihm gezeigt, so *Arif Taydelen* (MdL, Bayerischer Landtag, München), dass die Wähler in Deutschland in ihrem Verhalten zu Parteikandidaten mit Migrationshintergrund weiter seien als die deutschen Parteien. Nicht seine Herkunft, sondern sein kommunalpolitisches Engagement werde bei Wahlen bewertet. So habe er in seinem Wahlkreis Nürnberg-Nord in den letzten bayerischen Landtagswahlen als einziger Kandidat einen deutlichen Erststimmenzuwachs verzeichnen und als erster Migrant in den bayerischen Landtag einziehen können. Die doppelte Staatsbürgerschaft hielt er dennoch für politisch erforderlich, sah das Risiko multipler Identitäten aber als Übergangsphänomen an. Dementsprechend würden Türken in Deutschland immer weniger von Ankara zu steuern sein, wenn die Kontakte der Deutschen zu Muslimen verstärkt und die Integrationsarbeit der Deutschen auf gleicher Augenhöhe mit den Migranten erfolge.